

AUSGABE 2021

# STREITKULTUR

WOFÜR ES SICH ZU STREITEN LOHNT

Geh - wählen!  
Sonst gewinnen die  
Falschen.



WILLI-EICHLER-  
AKADEMIE e.V.

[www.streitkultur-magazin.de](http://www.streitkultur-magazin.de)

ANSTÖSSE

Praxisbuch Politik:  
**DEMOKRATIE  
UNTER DRUCK**

# Liebe Freund\*innen der Willi-Eichler-Akademie,

die repräsentative Demokratie, wie wir sie kennen, steht unter Druck – und mit ihr die sie tragenden politischen Parteien. Einerseits fordern seit einigen Jahren neue Parteien die etablierten heraus: am prägnantesten die rechtspopulistische bis -extreme AfD, aber ebenso eine dezidiert pro-europäische – und transnationale – Bewegung wie Volt, die neben einem Sitz im Europaparlament mittlerweile auch kommunalpolitische Erfolge in Bundesländern wie Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen verzeichnet. Andererseits schwindet das generelle Vertrauen in die Parteien(-demokratie) und die handelnden Politiker\*innen, so dass die Rufe nach anderen, neuen Wegen von Partizipation lauter werden. Unterschiedliche Formen von Bürgerbeteiligung, auch Instrumente direkter Demokratie, werden auf europäischer, Bundes-, Landes- und lokaler Ebene diskutiert, gegebenenfalls getestet, für gut befunden, wieder verworfen. Und mittendrin in all den Debatten: die eigentlich per Wahl legitimierten Vertreter\*innen in den jeweiligen Parlamenten, denen häufig eine Verankerung höchstens noch in ihrer Partei, nicht aber mehr in der Gesellschaft unterstellt wird. Die Sprachlosigkeit von Politiker\*innen

gegenüber neuen Bewegungen wie „Fridays For Future“ ist ein oft genanntes Beispiel.

„Der Staat ist kein Pizzaliefersdienst“, hat Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig einmal gesagt und sich auf eine nicht ungefährliche Denkweise in Teilen der Bevölkerung bezogen: der\*die Bürger\*in bestellt, die Politik setzt 1:1 um. So allerdings funktioniert Demokratie nicht, hat Demokratie noch nie funktioniert. „Demokratie muss nicht ‚liefern‘, Demokratie ist schon die Lieferung. Sie ist weniger das Instrument zur Wohlstandsverwahrung als vielmehr ein Verfahren zur Herstellung von Würde“, so auch Hedwig Richter und Bernd Ulrich kürzlich in der ZEIT.

Wir hoffen, mit dieser Ausgabe der Streitkultur einige Denkanstöße zu liefern, Diskussionen anzuregen – und wünschen viel Freude bei der Lektüre!

Für die Redaktion



// Dr. Sebastian Scharte

## Inhalt

### Vorwort

// Sebastian Scharte S. 02

### Parteiendemokratie in Zeiten von „Fridays for Future“

// Luca Samlidis S. 03

### Demokratie unter Druck

Drei Fragen an Jörg Sommer  
// Dr. Sebastian Scharte S. 06

### Frauen nehmen Anlauf

Herausforderungen für Frauen in der Kommunalpolitik und Verwaltung  
// Dörte Schall S. 09

### Gemeinsame Herausforderungen brauchen gemeinsame Lösungen

Ein Plädoyer für ein vereintes, föderales Europa der Zukunft  
// Rebekka Müller und Tobias Berger S. 12

### Vom Erstwähler zum Erstwahlhelfer

// Achim Wölfel S. 16

### Die Demokratiewerkstatt des Willi-Eichler-Bildungswerks in Köln-Kalk

Ein Projekt in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen  
// Ahmad Zaza S. 18

### Permanenter Bürgerdialog in Ostbelgien

Eine Initiative des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens  
// Anna Stuers S. 20

## Impressum

Die STREITKULTUR wurde gegründet vom Verein für politische Bildung und Information Bonn e. V. (VPI Bonn) und ist heute eine Publikation der Willi-Eichler-Akademie e. V.

**Herausgeber:** Willi-Eichler-Akademie e. V.,  
Venloer Wall 15, 50672 Köln, Tel.: 0221-168 898 70,  
E-Mail: kontakt@web-koeln.de

**Redaktion:** Martin Schilling (verantwortl.),  
Dr. Sebastian Scharte, Luisa Schmitt, Ahmad Zaza  
E-Mail: redaktion@streitkultur-magazin.de

**Layout, Satz:** Regina Fischer

**Fotonachweise:** Alexander Hauk/pixelio.de (S. 03-05, S. 12/13), Tanea Sommer (S. 06 oben), Dr. Klaus-Uwe Gerhardt/pixelio.de (S. 06/07 unten), Esthe Stosch/pixelio.de (S. 08), Cornelia Menichelli/pixelio.de (S. 11), Stefan Erdmann/pixelio.de (S.14), Gabi Eder/pixelio.de (S. 16 oben), Michael Lucan/pixelio.de (S. 16 unten), Achim Wölfel (S. 17)



## Parteiendemokratie in Zeiten von „Fridays for Future“

---

In der Anfangszeit der „Fridays for Future“-Bewegung fragte mich eine ältere Dame sorgenvoll, ob ich den deutschen Parteien die Bewältigung der Klimakrise überhaupt zutraue. Reflexhaft wollte ich mit „ja“ antworten, doch irgendetwas hielt mich davon ab. Dieser Moment hat mich zum Nachdenken gebracht. Jetzt bin ich selbst Parteimitglied. Doch trotzdem ist mir klarer als je zuvor: Wenn Parteien – gerade die altgedienten – sich nicht rasch verändern, steht im Parteiensystem der Bundesrepublik ein Umbruch bevor.

### Parteien lassen sich treiben

Die neue Klimabewegung hat im Land eine starke Politisierungswelle ausgelöst – doch die meisten Parteien erscheinen neben den motivierten Aktivist\*innen sprichwörtlich blass. Eine solche Energie, wie sie Bewegungen in die politische Debatte einbringen, kennen viele Parteien wohl kaum noch. Und gerade das ist das große Problem. Denn auch die etablierten Parteien wären gut beraten, den nahezu überschwänglichen Veränderungsdrang für sich und die Menschen im Land zu

nutzen. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt für eine Partei, sich zu verändern, als jetzt. Doch es hindert sie das, was sie immer hindert: Die eigene Trägheit. Dabei war das nicht immer so. Nach dem Krieg haben sich die Parteien und ihr Personal in besonderer Art und Weise verdient gemacht. Die Menschen im Land fühlten sich vertreten, der Wiederaufbau und die Wiedereingliederung in das internationale Staatensystem gelang. Die Bonner Republik ist ein Beispiel für lebendige Demokratie, in der

Politik nicht nur über Sachfragen entscheidet, sondern diese durch gesellschaftliche Verankerung erst identifiziert und zum Politikum macht. Im Gegensatz dazu treiben soziale Bewegungen die gewählten Volksvertreter\*innen heute immer öfter vor sich her und bestimmen die Agenda selbst. Sie warten nicht mehr, bis Politiker\*innen ihre Themen bearbeiten, sondern werden selbst aktiv. Es herrscht der Eindruck: „Die etablierte Politik erkennt unsere Probleme nicht.“

## Parteienverdrossenheit vs. Politikverdrossenheit

Es gibt zwei Wege, mit dem Gefühl umzugehen, dass die herrschenden Parteien den Blick für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weitgehend verloren haben. Der eine ist Resignation und Destruktivität. Der andere ist Organisation und öffentlicher Druck. Die Aktivist\*innen der Klimabewegung haben sich für den zweiten Weg entschieden – und sind damit überaus erfolgreich, wie auch die defensiven Reaktionen aus Politik und Wirtschaft zeigen. Der Erfolg lädt förmlich ein, sich in der Klimabewegung zu engagieren – denn dort erreicht man ohnehin mehr als in einer politischen Partei. Und sowieso sind die älteren Männer und Frauen in Parlamenten und Regierungen die Gegner\*innen. So zumindest der Eindruck.

An dieser Stelle entzündet sich ein Konflikt, der über das Klischee der „politikverdrossenen Jugend“ hinausgeht. Die Klimabewegung, aber auch andere soziale Bewegungen wie beispielsweise „Black Lives Matter“ zeigen anschaulich auf, dass gerade unter jungen Leuten das politische Interesse und das Bewusstsein für Ungerechtigkeiten groß sind. Auch die Bereitschaft, dieses Interesse in Aktivität umzusetzen, ist unbestreitbar da – wie sonst hätte sich die „Fridays for Future“-Bewegung in dieser ungekannten Größenordnung entwickeln können? Der Mythos der Politikverdrossenheit unter Jugendlichen in Deutschland ist widerlegt. Und doch drängt sich förmlich die Frage auf, aus welchem Grund die politischen Parteien, auf denen das politische System der Bundesrepublik laut Grundgesetz basiert, gerade unter jungen, interessierten Menschen häufig nur noch einen geringen Stellenwert innehaben. Ich spreche in diesem Kontext von „Parteienverdrossenheit“ anstatt von „Politikverdrossenheit“. Die Bedeutung parteipolitischer Gremien und Institutionen kann an ihrer Wirksamkeit gemessen werden. Und auch wenn alle Entscheidungen schlussendlich – aus guten Gründen – von den gewählten Volksvertreter\*innen getroffen werden, scheint bei Jugendlichen ebendiese Wirksamkeit nicht mehr besonders groß eingeschätzt zu werden. Das könnte auch eine Erklärung dafür sein, weshalb auf nahezu keiner „Fridays

for Future“-Demonstration in Deutschland Parteisymbole oder -fahnen erlaubt sind.

Anstatt einer Abnahme des politischen Interesses gab es eine Verschiebung dessen in andere Kanäle. Doch wenn die Parteien nicht zumindest einen Teil der engagierten Jugend für sich gewinnen können, kann das auf lange Sicht zu einer Vergiftung des politischen Diskurses führen. Es findet eine Entfremdung von Jugend und herrschender Politik statt, aber niemand sieht sich dafür in der Verantwortung.

## Die gemeinsame Wellenlänge finden

Die oben skizzierte Entwicklung ist nicht leicht zu erklären, doch einer der Ankerpunkte wird das veränderte Kommunikations- und Informationsangebot sein. Während zur „besten Zeit“ der Parteien Zeitungen und Radio, später auch das Fernsehen, die größte Rolle in der öffentlichen Diskussion spielten, laufen ihnen heute diverse Kanäle in den sozialen Netzwerken den Rang ab. Soziale Medien haben eine Stärke: Hier kann jede\*r Inhalte so aufbereiten, wie er\*sie es für richtig hält. Junge Menschen, die sich in der Regel besonders gut mit den neuen technischen Möglichkeiten auskennen, werden so von Konsument\*innen zu den sogenannten „creators“ – also denen, die selbst Inhalte produzieren. Und Inhalte von jungen Menschen für junge Menschen haben einen anderen Reiz als beispielsweise das ARD-Morgenmagazin. Die zunehmende Zahl neuartiger Informationsangebote ermutigt junge Menschen, ihre Ansichten offensiver kundzutun. Ein Gewinn für die Demokratie.

Dass soziale Netzwerke eine immer größere Rolle spielen, ist keine Neuheit. Politische Parteien jedoch taten sich bis vor kurzem – und tun es teils noch immer – schwer mit dieser Entwicklung. Gut organisierte und talentierte Jugendliche und junge Erwachsene sprangen auf den Zug hingegen schnell auf. Das Ergebnis: Jede kleinste Entscheidung oder Äußerung einer Politikerin oder eines Politikers wird online von allen Seiten begutachtet. Und zwar von Menschen der jungen Generation, die mittlerweile auch „politische Influencer“ genannt werden. Die oft eher veralteten

Parteistrukturen werden – mal mehr und mal weniger ironisch – auf die Schütze genommen. Und gerade Wahlkampfmanöver der etablierten Kräfte werden schneller durchschaut als noch vor einigen Jahren. Kurz: Die junge Generation ist aktiver Teil des Diskurses und produziert ihre eigenen Formate. Das hat es vorher nur in begrenztem Rahmen, beispielsweise über Jugendzeitschriften, gegeben. Das Ergebnis: Die junge Generation ist über weite Teile besser mit sozialen Medien vertraut als die ältere Amtsinhaber\*innen und Institutionen – die kommunikative Wellenlänge driftet auseinander.

## Arbeitsstrukturen klaffen auseinander

„Eine Generation meldet sich zu Wort“, lautete die Überschrift der Shell-Jugendstudie 2019. Ein Titel mit gewissem Zynismus. Immerhin meldeten sich zu diesem Zeitpunkt zumindest freitags in den Schulen deutlich weniger Schüler\*innen zu Wort als sonst. Die Shell-Studie zeichnet ein deutliches Bild: Jugendliche sind interessiert an politischen Themen und gewillt, sich einzubringen. Doch ein Ergebnis lässt aufhorchen: Ein erheblicher Teil, immerhin 71 % der Befragten, glaubt nicht, dass „Politiker\*innen sich darum kümmern, was Leute wie ich denken“. Auch hier zeigt sich die Parteienverdrossenheit – obwohl das Bewusstsein für Demokratie unverändert groß bleibt. Eine Bestätigung der hier skizzierten Erkenntnisse.

Unterschiedliche Kommunikationsformen wurden bereits als ein Grund für die starke Entfremdung von Jugendlichen und Parteien identifiziert. Doch auch die innere Struktur spielt eine zentrale Rolle. Auf einer „Fridays for Future“-Veranstaltung rief mir eine Organisatorin inmitten von 15.000 Demonstrierenden scherzhaft, aber nicht gänzlich ironisch zu: „Ich bin so froh, dass wir das hier geschafft haben. Das ist mehr, als Merkel und so in zehn Jahren hinkriegen.“ Natürlich war das nicht ganz ernst gemeint, doch es benennt zentrale Probleme, die Jugendliche mit Parteien haben: Oft langatmige Prozesse, unnötige Bürokratie und das Gefühl, dass die Notwendigkeiten – gerade in Bezug auf die Klimakrise – hinter Papiertigern und meterdicken Aktenordnern in Vergessen-



heit geraten. Die Klimabewegung macht ein anderes Angebot: Jede\*r kann sich so einbringen, wie er\*sie möchte, jederzeit pausieren, jederzeit wiederkommen. Automatisch dazu gibt es achtsame Aktivist\*innen, die für das gleiche Anliegen kämpfen – und dann auch noch messbaren Erfolg. Ohne die Klimabewegung wäre heute nicht einmal ein Bruchteil dessen in Bewegung gekommen, worüber jeden Tag diskutiert wird. Und das ist den Aktivist\*innen meistens auch bewusst.

Die Parteien können da nicht mithalten. Entscheidungen dauern zu lange und greifen zu kurz, Personalkämpfe überschatten Inhalte und es häufen sich Korruptionsskandale auf höchster Ebene. Außerdem ist in der Regel eine Mitgliedschaft nötig, um sich in einer Partei zu engagieren. Und diese Bindung einzugehen – gerade dann, wenn man nicht mit allem einverstanden ist, was die Partei tut – braucht Überwindung. Viele Engagierte entscheiden sich an diesem Punkt gegen die Veränderung von „innen“ und bleiben beim Aktivismus. Man kann es ihnen nicht verübeln.

Parteien können von der Klimabewegung lernen. Allerdings ist das politische System Deutschlands nicht darauf ausgerichtet, dass Parteien als „Bewegungen“ im Sinne von „Fri-

days for Future“ agieren. Diese Erwartung werden SPD, CDU und Co. nur enttäuschen können. Worauf es neben strukturellen Reformen parteiintern und im politischen Prozess also auch ankommt, ist, Parteiarbeit zu erklären. Selbstkritisch, aufgeschlossen und veränderungsbereit. Denn wenn Aktivist\*innen eins nicht mehr hören können, dann den Satz: „Es ist doch schon so viel passiert.“ Gerade mit Blick auf die Erderwärmung, die das existenzielle Problem dieser Zeit darstellt, ist diese Aussage fast schon provozierend. Und sie ist Inbegriff des Problems. Parteien punkten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht mit Ausreden, sondern mit Plänen, überprüfbaren Erfolgen und Kommunikation auf Augenhöhe. Belehrende Hinweise auf Erfolge der letzten fünf Jahre, die von der führenden Wissenschaft als unzureichend bezeichnet werden, beeindrucken niemanden mehr. Was die Parteien jetzt noch retten kann, ist ein Bekenntnis zu gemeinschaftlich gestalteter Veränderung. Hinter diesem abstrakten Bekenntnis verbirgt sich etwas ganz Konkretes: Es braucht eine „Bewegung“ von Jung und Alt, die Parteistrukturen und politische Entscheidungsfindung neu denkt. Eine Reform von unten, nicht nur aus den etablierten Parteizentralen heraus. So, wie „echte“ Bewegungen entstehen – nur eben mit einer anderen Ausrichtung.

“

*Worauf es neben strukturellen Reformen parteiintern und im politischen Prozess also auch ankommt, ist, Parteiarbeit zu erklären. Selbstkritisch, aufgeschlossen und veränderungsbereit.*

### **Eine Ebene finden**

Streng genommen folgt aus dieser Argumentation eines: Entweder etablierte Parteien ändern ihr Image und ihre Arbeitsweise, oder motivierte Jugendliche suchen sich andere Formen des Engagements. Doch ganz so einfach ist die Situation dann doch nicht. Erstens werden außerparteiliche Bewegungen auch bei besten und modernsten Parteistrukturen nicht obsolet. Eine „Fridays for Future“-Massendemonstration lässt sich nicht mit einer zehnstündigen Plenartagung in Berlin vergleichen, weder in Ziel noch Ausdruck. Das liegt nicht zuletzt am ganzheitlichen und repräsentativen Anspruch, den Politik an erster Stelle erfüllen muss, die Klimabewegung jedoch nicht. Zweitens wird die Modernisierung des Parteiensystems nur dann gelingen, wenn beide Seiten sich aufeinander zubewegen. Nicht zwangsläufig inhaltlich – denn die Klimabewegung hat die geballte Kraft der Wissenschaft auf ihrer Seite. Jedoch was die politische Streitkultur angeht. Denn am Ende brauchen Bewegung und Parteien sich gegenseitig, um echte Veränderung zu schaffen. Diese gemeinsame Ebene bei allen inhaltlichen Streitpunkten aufrecht zu erhalten, wird die große Herausforderung sein und bleiben. Meine Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei dient auch diesem Zweck. Parteien brauchen Veränderung von unten und einen anderen Kommunikationsstil – doch der fällt nicht vom Himmel. Irgendwo braucht es einen Anfang. Dann kann das Projekt „Klimakrise stoppen“ noch gelingen.

// Von **Luca Samlidis**

*Samlidis ist Journalist und Moderator und engagiert sich für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz.*



# Demokratie unter Druck

---

## Drei Fragen an Jörg Sommer

**Wie muss sich unsere repräsentative Demokratie, müssen sich die politischen Parteien verändern, gar neu erfinden, um zukunftsfähig zu sein?**

Die Institutionen unserer repräsentativen Demokratie haben an Gestaltungskraft verloren. Das ist eine Diagnose, keine Katastrophe. Denn Gesellschaften verändern sich. Ob demokratische Gemeinwesen oder autokratische Diktaturen, nur selten hatten sie unverändert über viele Generationen Bestand. Im Gegenteil: Stillstand bedeutete nur allzu häufig den Anfang vom Ende. Immer wieder wurden Gesellschaften, die über einen langen Zeitraum keine Veränderungen zuließen, instabil, von Gegenbewegungen delegitimiert und von Umwälzungen mit revolutionärem Charakter hinweggefegt.

Unser aktuelles deutsches gesellschaftliches Modell, die repräsentative Demokratie, ist historisch eher jung. Obwohl global die repräsentative Demokratie in den vergangenen zwei Generationen das Modell mit der größten Attraktivität in zahlreichen unterschiedlichen Nuancen und Ausprägungen war, ist es auch ein Modell, das erkennbar an Grenzen stößt.

Der Befund in den meisten demokratischen Ländern ist ähnlich: Überall wird es schwieriger, zu einem stabilen Konsens zu kommen. Das destabilisiert wichtige gesellschaftliche Grundprinzipien wie Diskurs sowie Kompro-



missfähigkeit und -bereitschaft. Sie aber sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie.

Diese „Lebendigkeit“ müssen wir in Zukunft über rein repräsentative Strukturen hinausdenken. Reine Repräsentation wird unsere Demokratie nicht dauerhaft stabilisieren können. Unsere Institutionen und ihre Akteure haben bereits erheblich an Akzeptanz verloren. Dazu kommt: Die sozial-ökologische Transformation, die uns angesichts des Klimawandels bevorsteht, wird unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern.

Ein solcher Prozess kann nur dann den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahren, wenn er in der Gesellschaft breit verhandelt und letztlich getragen wird. Allein in den Parlamenten und Parteien kann dies nicht gelingen.

Wir müssen unsere Demokratie also breiter aufstellen, nicht mehr nur auf eine Säule (repräsentative Strukturen), sondern auf alle drei Säulen der „Vielfältigen Demokratie“. Ergänzt also durch mehr direktdemokratische Entscheidungen und vor allem durch mehr Beteiligung.

Entwickelt wurde dieses Modell von der „Allianz Vielfältige Demokratie“, für die ich als Koordinator tätig bin. Darin arbeiten über 220 Expert\*innen aus Wissenschaft, Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen, aus Wirtschaft, Verwaltungen, auch aus fast allen Bundesministerien und allen Landesregierungen intensiv zusammen. Deren Empfehlungen haben also durchaus Gewicht und praktischen Politikbezug.

Jede Säule dieser zukunftsfähigen, vielfältigen Demokratie hat dabei ihre eigenen Prozesse: Die repräsentative Säule wird durch Wahlen geprägt, die direktdemokratische durch unmittelbare Abstimmungen der Bürger\*innen. In der Beteiligung geht es um Deliberation: Also den gemeinsamen Diskurs mit Wirkungsanspruch. Genau das ist besonders wichtig, um die social bubbles zu überwinden und gesellschaftliche Konsense neu auszuhandeln – hier stehen wir vor großen Herausforderungen.

### **Welche Arten von Beteiligung, Partizipation der Zivilgesellschaft sind dabei wünschenswert, welche nicht?**

Prägend für Partizipation ist der Diskurs. Es sind also alle Formen und Formate sinnvoll, in denen unmittelbarer Diskurs von Bürger\*innen untereinander, aber auch mit politischen Entscheidern ermöglicht wird.

Das muss nicht immer ein ausgeklügeltes, hippestes Format mit schönem Titel sein, wie ein „Town Hall Meeting“, eine „Planungszelle“ oder ein „Bürgerrat“. Das kann auch mal ein schlichter Stuhlkreis sein.

”

*Reine Repräsentation wird unsere Demokratie nicht dauerhaft stabilisieren können. Unsere Institutionen und ihre Akteure haben bereits erheblich an Akzeptanz verloren.*

Wichtig ist nur, dass diese Diskurse stattfinden – und zwar massenhaft. Es geht dabei um demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen. Die kann man eben nur selbst erleben. Durch diese Erlebnisse entwickeln sich Menschen zu Demokraten – denn das ist uns nicht in die Wiege gelegt. Demokratie ist eine Kulturkompetenz, die man entwickeln muss. Und eine starke Demokratie braucht eben vor allem eins: Demokraten.

Das aber wird man nicht vom Zuschauen. Insofern ist der aktuelle Hype um zufällig ausgeloste „Bürgerräte“ zwar förderlich für die Wahrnehmung von Bürger\*innenbeteiligung. Aber alleine durch Bürgerräte werden wir die Demokratie kein bisschen stabilisieren. Pro Bürgerrat organisieren wir im Optimalfall demokratische Selbstwirksamkeitserlebnisse bei 0,00015 % der Bevölkerung. Da brauchen wir





mehr Angebote, insbesondere auf kommunaler Ebene – und vor allem Beteiligung von Betroffenen, nicht von irgendwelchen zufällig ausgelosten Gruppen. Wir müssen Schüler\*innen und Eltern zur Schulentwicklung beteiligen, Senior\*innen und andere Betroffene zu Barrierefreiheit, Anwohner\*innen zur Verkehrspolitik, Migrant\*innen und Alteingesessene zur Integration usw.

Vor allem müssen wir sicherstellen, dass wir gezielt jenen Gruppen Angebote machen, die in den anderen Säulen unterrepräsentiert sind. Männliche Akademiker über 50 mit gutem Einkommen sind tatsächlich auch in vielen Beteiligungsprozessen dominant, weil sie über die nötigen Ressourcen und Kompetenzen verfügen. Hier bedarf es gezielter Ansprache so genannter „beteiligungsferner“ Gruppen. Da gibt es in der Praxis bereits umfangreiche Erfahrungen. Es geht. Man muss es nur wollen.

### **Wie erreichen wir einen (neuen) Konsens über die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen und politischen Handelns?**

Legitimation in der modernen Demokratie entsteht nicht mehr nur durch Wahlen und Grundvertrauen in demokratische Institutionen – sondern durch aktive Mitgestaltung der Vielen. Eine zukunftsfähige Demokratie, die die Herausforderungen von Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel bewältigt, kann diese Bewältigung nicht mehr allein an die Politik delegieren.

In Zeiten tiefgreifenden Wandels – und wir befinden uns noch am Anfang eines solchen Wandels – schwindet das Urvertrauen in die

Institutionen. Das erleben wir schon heute. Die Gefahr ist real, dass Autoritäre, Populisten, Rechtsradikale und Demokratieverächter dies ausnutzen, um die Demokratie zu beerdigen.

Da hilft es nicht, den Vertrauensverlust zu beklagen. Im Gegenteil. Das „Verlangen nach Vertrauen“ ist in einer Demokratie kontraproduktiv. Eine Erwartung im Sinne von: „Ihr lehnt euch vertrauensvoll zurück, wir machen das schon ...“ ist das Konzept von Herrschaft, nicht von Demokratie.

Demokratie konnte erst entstehen, als die Untertanen ihren Herrschern eben kein Vertrauen mehr zubilligten. Das Wesen der Demokratie ist es, den Regierenden zu misstrauen, sich deshalb selbst am Willensbildungsprozess zu beteiligen, ihre Entscheidungen zu hinterfragen, Argumente zu verlangen und darauf zu bestehen, überzeugt zu werden. Seneca spricht vom „Vertrauen auf die Wahrheit und Vertrauen auf sich selbst.“

Eine der größten Gefahren in der demokratischen Gesellschaft ist die Überwertung von Vertrauen. Wenn Vertrauen regiert, entsteht Raum für Missbrauch, erodiert demokratische Kontrolle.

Um Vertrauen zu ringen, ist nicht verwerflich. Misstrauen zu akzeptieren, ist dagegen klug. Eine starke Demokratie lebt vom gesunden Misstrauen der Bürger in ihre Regierenden und deren ausführenden Organe. Genau das motiviert zu Beteiligungsbereitschaft. Gibt es dann auch entsprechende Angebote, können Diskurse stattfinden, die Gemeinwohl generieren, Zusammenhalt fördern und so auch Akzeptanz für die anstehenden tiefgreifenden Umwälzungen schaffen. Dazu müssen diese Diskurse dann aber auch einen Wirksamkeitsanspruch haben. Wirkungslose Beteiligung ist wertlose Beteiligung. Schön inszenierte „Kanzler\*innendialoge“ werden unsere Demokratie nicht in die Zukunft tragen. Da braucht es mehr. Sehr viel mehr. In den vergangenen Jahren hat sich da bereits viel getan, die Beteiligung in unserem Land ist auf dem Vormarsch, aber wir stehen erst am Beginn dieses Weges.

Entscheidend ist dabei der Prozess. Langfristig geht es um breite Demokratieerfahrungen, nicht um Akzeptanz oder Legitimation für politische Entscheidungen, oder um Vertrauensbildung.

Denken wir immer daran: Herrscher brauchen Vertrauen. Demokraten brauchen Diskurs.

Die Fragen stellte **Dr. Sebastian Scharte**, Pädagogischer Mitarbeiter des Willi-Eichler-Bildungswerks.

### **Jörg Sommer**

**ist Politikwissenschaftler und Soziologe, er beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit Fragen des gesellschaftlichen Engagements und Zusammenhaltes. So gibt er unter anderem das in zweijährigem Rhythmus erscheinenden „KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG“ heraus. Er ist Direktor des Berlin Institut für Partizipation (bipar) und in dieser Eigenschaft auch als Gutachter und Berater für Parlamente, Ministerien, Stiftungen und Verbände tätig. Außerdem wirkt er als Koordinator der Allianz Vielfältige Demokratie, in der über 220 Expert\*innen aus Bundesministerien, allen Landesregierungen, internationalen Organisationen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Erprobung neuer Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und Bürgerbeteiligung arbeiten. Seit 2020 publiziert er einen kostenlosen wöchentlichen Newsletter [demokratie.plus](#) zu Fragen der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.**



# Frauen nehmen Anlauf

---

## Herausforderungen für Frauen in der Kommunalpolitik und Verwaltung

Im Jahr 2020 waren 9 % der Stadtoberhäupter weiblich. In den letzten 5 Jahren ist die Zahl der Bürgermeisterinnen in Deutschland sogar zurückgegangen. Zum Zeitpunkt der ersten Wahl im Jahr 1919, zu der Frauen das Wahlrecht hatten, saßen bereits 8,7 % Frauen in der Weimarer Nationalversammlung. Frauen sind in allen Teilen der Gesellschaft aktiv und engagiert. Ihr Anteil an den kommunalen Ämtern entspricht aber nicht der gesellschaftlichen Verantwortung und Teilhabe.

Woran liegt das? Es gibt durchaus Kommunen, in denen Frauen auch bei den wichtigen politischen Ämtern die Mehrheit stemmen, zum Beispiel im Fraktionsvorsitz, in der Verwaltungsspitze oder bei den repräsentativen Ehrenämtern. Häufiger kommen aber die Kommunen vor, in denen der Frauenanteil im einstelligen Prozentbereich oder gar bei null liegt. Die Ungleichheit in den Spitzenpositionen zeigt sich auch in den Verwaltungen. Ähnlich wie in der Wirtschaft gibt es die gläserne Decke, die Frauen in der mittleren Ebene der Führungen festhält. In den Verwaltungen arbeiten

im Durchschnitt mehr Frauen als Männer. Der Großteil der Beschäftigten arbeitet nach wie vor in den klassischen Feldern. So sind Erzieher oder Feuerwehrfrauen auch heute noch Ausnahmen. Im Öffentlichen Dienst gibt es allerdings auch einige Bereiche, in denen Frauen im stärker vertreten sind als in entsprechenden Berufen anderer Branchen.

Bei näherer Betrachtung entspricht auch dies jedoch oftmals einem Rollenbild, wonach die Frau neben der Arbeit häufig zusätzlich zu Hause die Care-Arbeit stemmen soll. Der Öffentliche Dienst bietet Sicherheit und feste Arbeitszeiten - oder zumindest gute Planbarkeit. Die Arbeitsplätze und die Einkommen sind sicher und darüber hinaus gibt die Verantwortung, für die Daseinsfürsorge und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sorgen, den Mitarbeitenden festen Halt. Dafür gibt es nach oben klare Grenzen durch Tarife.

Dennoch ist auffällig, dass auch hier, je höher es in der Hierarchie geht, der Frauenanteil geringer wird. Das hängt vielfach mit äußeren

Faktoren zusammen, die sich in allen Branchen gleich darstellen. Die Mütter machen im Allgemeinen länger Elternzeit als die Väter, und wenn es danach keine ausreichende Betreuung gibt, geht die Mutter in Teilzeit. Auch bei der Entscheidung, ein Kind länger zu Hause zu betreuen, ist es in der Regel die Mutter, die diese Aufgabe übernimmt. Häufig unabhängig von der Qualifikation. Im Alter von 20 bis 40 Jahren werden jedoch viele berufliche Weichen gestellt, die sich auf die Zukunft auswirken. Im Öffentlichen Dienst sind die Möglichkeiten von Teilzeit und auch die Optionen, nach einer gewissen Zeit wieder in Vollzeit zu kommen, einfacher als in anderen Branchen. Trotzdem erfordert dies einen besonderen Einsatz der Beschäftigten und die Unterstützung durch Vorgesetzte.

Hinzu kommt eine höhere Anerkennung von Männern, wenn sie Sorgearbeit leisten, während die Wahrnehmung bei Frauen gleichgültig ist oder auch in die negative Richtung schlägt. So ist es – zumindest im Bereich des Öffentlichen Dienstes – durchaus üblich, dass der



*In Verwaltungen wie auch in der Wirtschaft macht eine gezielte Förderung den Unterschied. Das kann eine Quote sein, als ebenso effizient erweist sich aber häufig eine tatsächliche Entscheidung, in der Verwaltung nach einem modernen Leitbild zu fördern.*

junge Familienvater für zwei Monate Elternzeit gelobt wird und ihm die Erfahrung auch in der künftigen Laufbahn als soziale Kompetenz angerechnet wird. Bei der Mutter wird es hingegen als selbstverständlich erachtet, dass sie sich einige Zeit um die Kinder kümmert, wobei dies weniger als besondere gesellschaftliche Erfahrung anerkannt wird. Häufig wird ein junger Familienvater eher befördert, da die angelernte Rollenverteilung ihn als Hauptverdiener sieht. Dementsprechend werden Männern häufig Stellen angeboten, die Unterstützung bieten, während Frauen gezielt weniger Verantwortung angeboten wird, da die Sorgearbeit einberechnet wird. Dieses Förderverhalten von Vorgesetzten geschieht häufig unbewusst entsprechend der eigenen Biografie und Erfahrungen.

Wie oft werden Frauen noch gefragt, wie sie es mit der Kinderbetreuung hinbekommen, und wie oft die Männer? Keine Frage, eine Frau in Mutterschutz fehlt bei der Arbeit, insbesondere wenn die Elternzeit lange andauert oder mehrere ineinander übergehen. Aber wer hat schon mal eine\*n Bewerber\*in im Auswahlgespräch gefragt, ob er oder sie Fußball spielt? Und wenn ja, haben Sie das positiv für Sport und Teamarbeit, oder als potenziellen Ausfall

gewertet? Die meisten Arbeitsausfälle aus Sportverletzungen entstehen beim Fußball, auch viele langfristig auftretenden Erkrankungen sind Folgeschäden von Sport.

Die sichere Möglichkeit, die insbesondere von Frauen wahrgenommen wird, Sorgearbeit zu leisten und dabei im Beruf in Teilzeit zu arbeiten, hat zwei Seiten. Zum einen ist es häufig anzutreffen, dass sich die in Teilzeit arbeitenden Beschäftigten ganz besonders auf die Sache konzentrieren. In der Dienstzeit steht die Tätigkeit im Fokus, oft auch die Freude an der Arbeit, die nicht durch Gleichförmigkeit über den Tag getrübt wird. Diese Effizienz kann die reduzierten Stunden ausgleichen. Auch über den zunehmenden Einsatz von mobilen Arbeitsmöglichkeiten kann ein doppelter Lebensentwurf, also die gleichzeitige Orientierung auf Beruf und Familie, vereinfacht werden.

In den Leitungsfunktionen der Verwaltungen macht jedoch nicht der Familienstand den Unterschied. Auch in den Bereichen der vermeintlichen Frauenberufe dominieren männliche Führungskräfte. In Verwaltungen wie auch in der Wirtschaft macht eine gezielte Förderung den Unterschied. Das kann zum Beispiel eine Quote sein; als ebenso effizient erweist sich aber häufig eine tatsächliche Entscheidung, in der Verwaltung ein moderneres Leitbild zu fördern.

Die gezielte Förderung von Nachwuchskräften, Netzwerken und informellen Angeboten im Freizeitbereich, die bewusst bestimmte junge oder auch alle Beschäftigten ansprechen, bieten die Chance, langfristig divers und attraktiv aufgestellt zu sein. Bei manchen Strukturen besteht die Gefahr, dass sie sich gewollt oder ungewollt selbst reproduzieren. Hier gilt es, die Ziele und den Weg dahin zu hinterfragen und zu überprüfen. Systeme müssen sich den Menschen anpassen, nicht umgekehrt.

Die Kommunalpolitik ist ein vielfach unterschätztes Politikfeld. Oft scheint die große Politik in Brüssel und Straßburg, in Berlin oder zumindest in Düsseldorf wichtiger und interessanter zu sein. Aber die wichtigsten Entscheidungen werden vor Ort getroffen. Wo fährt der Bus, was kostet die Kita, ist das Mittagessen in der Schule gut und gesund, wo entsteht ein neues Quartier? Gibt es Jugendzentren, ein Schwimmbad, Theater, Konzerte, Bürgerzentren, Begegnungsstätten für Ältere? Gibt es ein kommunales Krankenhaus? Wer betreibt Wasser- und Energieversorgung, Straßen und die Müllabfuhr? Welche Wohnungen und Häuser werden gebaut? Gibt es barrierefreie Wege? Wie steht es um die Erreichbarkeit von Stadtteilzentren oder öffentlichen Einrichtungen?

Da die konkrete Daseinsvorsorge sich so direkt entscheidet, ist die Kommunalpolitik um einiges greifbarer, und dadurch machen sich die Menschen, die dort aktiv sind, auch angreifbarer. Je nach Größe der Kommune sind die Menschen, die in Räten und Verwaltungen arbeiten, bekannt und sichtbar. Bürgermeister\*innen werden im Allgemeinen in ihren Orten erkannt und sind jederzeit ansprechbar. Kommunalpolitik ist ehrenamtliche Politik. Sie erfordert viel Zeit und ein großes Engagement. Nicht immer wird das wertgeschätzt.

Frauen kandidieren anders als Männer. Frauen geben bei der Nachfrage, was sie für eine Kandidatur bewegen hat oft an, dass sie gefragt wurden. Manchmal auch häufiger, bis der richtige Zeitpunkt da war. Auch dies hat mit der Lebenssituation und der Rollenaufteilung im Privatleben zu tun. Hinzu kommt, dass Frauen auch andere Netzwerke haben als Männer. Sie sind eher vielfältig engagiert, und das häufig in vielen verschiedenen Verbänden und Vereinen. Da Frauen weniger Vorbilder in den höheren Positionen haben, ergibt es sich nicht allzu häufig, dass sich eine Kandidatur automatisch in die Lebensplanung einfügt. Es werden Men-

schen gefördert, in denen man sich selbst als jüngerer Mensch sieht. Das ist ganz natürlich bei dem Mann eher der jüngere Mann. Der junge Mann sieht sich automatisch in der Rolle eines Vorbildes und dessen Weg fügt sich natürlich in seine Planung ein. Deshalb vereinfacht ein diverseres Rollenvorbild in den Kommunen auch einen diverseren Nachwuchs, da der Weg für die Betroffenen bereits geebnet ist.

So ergibt es sich, dass Frauen öfter konkret gefragt werden, bevor sie bereit sind, eine höhere Aufgabe anzunehmen. Währenddessen werden Männer im Laufe ihres Lebens anders nach den nächsten Schritten gefragt, so dass sich die Herausforderungen scheinbar natürlich entwickeln. Dies kann bereits beginnen, wenn Vorbilder oder Persönlichkeiten in wichtigen Positionen jemanden positiv wahrnehmen und anerkennen. So wird durch eine frühe Förderung bereits der Samen gepflanzt, sich später für weiterführende Posten zu interessieren. Die Selbstwahrnehmung, dass Männer sich von selbst auf Posten bewerben, während Frauen gefragt werden wollen, ist daher nicht immer richtig, sondern entspricht auch dem anerzogenen Rollenklischee. Auch die Rollenverteilung innerhalb der Partnerschaft ist nach wie vor ein Problem, was sich aber zunehmend überlebt. Der gesellschaftliche Druck auf Familien wandelt sich und lässt den Freiraum, selbst über die Gestaltung zu entscheiden. So sind gestillte Kinder in Gremien zunehmend Normalität. Umgekehrt dürfen auch Väter eine wichtige Rolle in der Betreuung und Erziehung einnehmen, die Müttern den Freiraum für Ehrenamt oder verantwortungsvolle Berufsausübung lässt.

In Wahlkämpfen haben Frauen mehr auszuhalten als Männer. Eine aktuelle Umfrage der Zeitschrift Kommunal bestätigt, dass 27 % der Frauen im kommunalpolitischen Wahlkampf persönliche, verbale Angriffe erleben. Bei Männern liegt der Anteil bei 17 %. In der-



selben Umfrage nennen Frauen die Themen Respektlosigkeit und Anfeindungen als eine der größten Herausforderungen im Amt als Bürgermeisterin. Diese Aspekte werden als Hürden dabei fast doppelt so hoch gewertet als die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Frauen erleben insbesondere in den digitalen Medien sexualisierte Angriffe bis zu entsprechenden Gewaltandrohungen. Frauen werden häufiger als Männer auf ihr Aussehen oder ihr Erscheinungsbild angesprochen oder gar reduziert. Die Bandbreite reicht dabei von unpassenden Ratschlägen und Bemerkungen bis hin zu Beleidigungen, Berührungen und unangebrachten Einladungen. Inzwischen gehen viele Betroffene offen damit um, so dass sich auch andere nicht mehr mit entsprechenden Übergriffen ganz allein fühlen. Diese Art und Weise von An- und Übergriffen führt auch dazu, dass Frauen sich nicht öffentlich engagieren wollen. Hier gilt es, mit entsprechenden Zwischenfällen an die Öffentlichkeit zu gehen, die Schuld nicht bei den Opfern zu suchen und diese in jeglicher Form zu unterstützen.

Die Kommune, die Verwaltung, als auch die Politik, sind zentrale Orte unserer Gesellschaft. Hier kann man, wie an wenigen anderen Stellen, das Leben – auch das eigene – gestalten und verbessern. In der Verwaltung gibt es viele Stellschrauben, an welchen für eine bessere Förderung von Frauen in Führungspositionen gedreht werden kann. Unterstützung, Netzwerke, aber auch Mut und Vertrauen in die ei-

genen Fähigkeiten sind hier sehr wichtig. Qualifikationsangebote und gezielte Förderung wirken motivierend, und das Hinterfragen von Rollenbildern bei den Menschen, die entsprechende Stellen besetzen, kann Türen öffnen.

Im Ehrenamt ist es außerdem wichtig, die eigenen Ansprüche zu hinterfragen. Quoten helfen auf dem Weg der Öffnung – sie machen es notwendig, sich mit der Frage der Förderung auseinanderzusetzen. Sie sind aber nicht allein die Lösung, wenn es nur ein Spitzenamt zu besetzen gibt. Hier gilt es, das Engagement attraktiv zu gestalten, sich gegenseitig zu unterstützen und zu fördern. Das Ziel von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist es, das Leben in der Kommune zu gestalten, und zwar für alle Menschen, die dort leben. Nur wenn in den Gremien viele Interessen vertreten sind, können Entscheidungen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Die Verantwortung für unsere Kommunen sollen Frauen und Männer gemeinsam tragen, um den Blick für alle Probleme offenzuhalten und das Leben vor Ort so zu gestalten, dass es für alle gut ist.

Es gibt für Frauen besondere Hürden, aber mit Anlauf und Kraft können sie genommen werden.

// Von **Dörte Schall**

Schall ist Beigeordnete der Stadt Mönchengladbach und leitet das Dezernat für Recht, Soziales, Jugend, Gesundheit, Verbraucherschutz.

MERRY CRISIS

BRITKA



# Gemeinsame Herausforderungen brauchen gemeinsame Lösungen

---

## Ein Plädoyer für ein vereintes, föderales Europa der Zukunft

Denkt man an die Europäische Union, denkt man an Impfstoffmangel, Krumme-Gurken-Verbote und Uploadfilter. Ausschließlich? Hoffentlich nicht!

Unsere Vision ist ein vereintes, föderales Europa, in dem alle die gleichen Chancen haben, ihr Potenzial zu entfalten. Und dennoch müssen auch eingefleischte Europa-Fans wie wir zugeben, dass es häufig negative Aspekte sind, die den Leuten beim Thema EU im Gedächtnis bleiben. Kommt aus Brüssel überdurchschnittlich viel Unsinn? Nein, vielmehr hat die EU ein Problem mit den politischen Akteur\*innen ihrer Mitgliedstaaten. Zu häufig werden unliebsame Entscheidungen auf europäische Ins-

titutionen geschoben. Die Nebenwirkung: Die Politiker\*innen auf nationaler Ebene schaden der Demokratie. Denn es setzt sich das Gefühl durch, dass über der eigenen Regierung noch eine weitere Institution existiert. Eine, die man nicht kontrollieren kann, oftmals nicht einmal versteht und die das eigene Leben dennoch stark beeinflusst. So wird Frustration und Politikverdrossenheit gezüchtet – Nährboden, den Populist\*innen aller Länder nur zu gerne nutzen. EU? Exit!

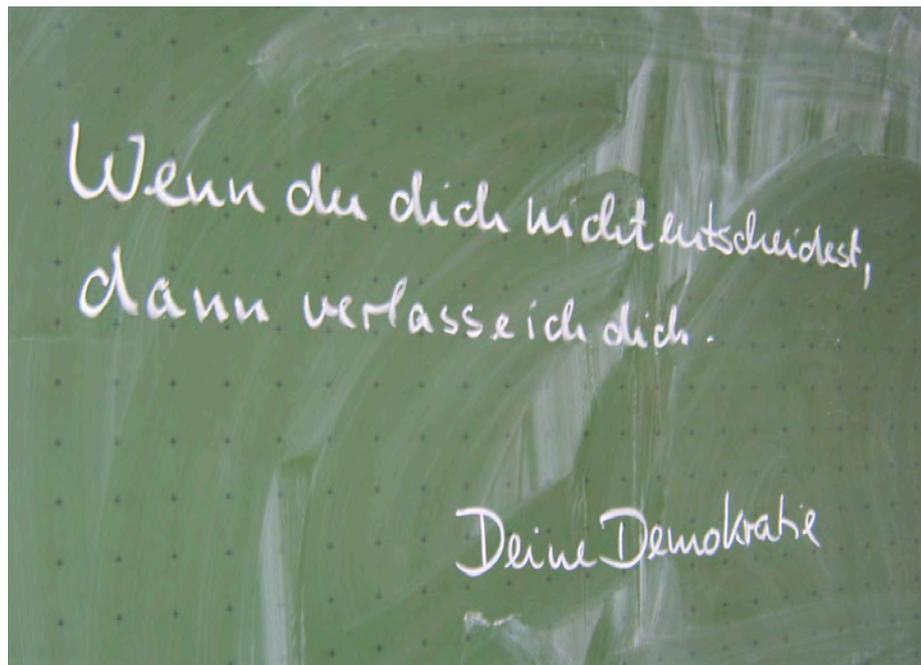
Wir möchten nicht allen vorwerfen, dass sie der EU oder gar der Demokratie bewusst schaden wollen. Aber es geschieht, weil es einfacher ist, sich hinter Schuldzuweisungen zu verstecken, als die häufig komplexen Lösungen für komplexe Probleme erklären zu müssen. So kam es, dass schnell auf die EU geschimpft wurde, als man uns düstere Energiesparbirnen aufzwang. Und redet nicht mehr darüber, seit helle und energieeffiziente LED-Lampen gemütliches Licht in unsere Wohnzimmer bringen. Bei Volt möchten wir Lösungen anbieten, die uns aus diesem Dilemma befreien. Um damit nicht nur Europa zu stärken, sondern gerade auch unsere Demokratie. Dies muss auf allen Ebenen geschehen und nicht zuletzt auch in Köln. Hier möchten wir drei unserer Aspekte beleuchten, die folgende Fragen beantworten:

- Wie wirken wir Populismus und aufkommender Politikverdrossenheit entgegen?
- Was müssen wir in der EU ändern, um sie als Demokratie weiter zu stärken und ein Staatenbündnis zu schaffen, von dem alle profitieren?
- Wie können wir als Bewegung dazu beitragen, dass wir uns alle stärker als Europäer\*innen fühlen?

## Neue Politik

Als allererstes wollen wir einige grundlegende Dinge in der Politik ändern, die das Staatenbündnis und Europa nicht ausschließlich betreffen: Wir brauchen eine neue Art, unsere Zukunft zu gestalten.

Die gemeinsamen Herausforderungen, die wir angehen müssen, wie der Klimawandel, die Digitalisierung der Gesellschaft oder die Aufnahme von Geflüchteten, werfen schwierige politische und gesellschaftliche Fragen auf. Die richtigen Lösungen sind nicht immer und für alle angenehm. Sich populistischen Forderungen mit sachlichen Argumenten entgegenzustellen, ist alles andere als leicht. Wir fühlen uns diesem Vorgehen jedoch verpflichtet. Dabei hilft ein solides Fundament: das der Wissenschaft. Natürlich gibt es auch dort mehrere Richtungen. Es ist Aufgabe der Politik herauszuarbeiten, wie diese miteinander in



Einklang gebracht werden können. Doch evidenzbasierte Entscheidungen sind informierte Entscheidungen, die auf dem besten Wissen und Gewissen ihrer Zeit getroffen werden. Und darum muss es gehen.

Dazu gehört, dass man mal daneben liegt, vielleicht sogar komplett. Bezeichnend ist, dass Fehlereingeständnisse von Politiker\*innen nach wie vor die Seltenheit sind. Es geht hier nicht um Fehler im Sinne von Korruption und Vorteilsnahme. Straftaten oder das Wegsehen bei selbigen müssen unbedingt mit personellen Konsequenzen einhergehen. Es geht vielmehr um Entscheidungen, die sich im Rückblick als nicht optimal oder falsch erweisen. Wir benötigen in der Politik eine gesunde Fehlerkultur. Wann immer Veränderungen angetrieben werden, werden auch Fehler gemacht. Auch wir werden Fehler machen. Aber wir stehen für eine zukunftsorientiertes Lernen aus Fehlern und entsprechend angepasstes Handeln. Ein Festhalten an Fehlern, um diese nicht eingestehen zu müssen, können wir uns nicht mehr leisten.

Wir möchten eine Kommunikation etablieren, die mitnimmt und erklärt. In der Pandemie zeigt sich deutlich, dass es nicht reicht, Verordnungen und Gesetze zu erlassen. Diese sind nur so gut, wie die Menschen sie auch verstehen und bereit sind, sie mitzutragen. Umfragen

zeigen, dass den meisten die Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen Lage (Mai 2021) bewusst ist. Doch ohne klare Strategie, stattdessen konfrontiert mit sich ständig ändernden Anforderungen, fühlen sich viele Menschen nicht ernst genommen. Wir brauchen eine klare Stimme anstelle eines polyphonen Meinungschaos. Meinungsvielfalt gehört zum demokratischen Zusammenleben dazu, insbesondere in den Parlamenten. Wenn eine Entscheidung allerdings getroffen wurde, sollten wir uns hinter den demokratischen Prozess stellen. Das gelingt nur, wenn wir zwischen den demokratischen Kräften Brücken bauen und uns nicht in Lagerdenken flüchten.

## EU-Reform

Wie gesagt: Wir sind Europa-Fans. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir die Probleme der EU übersehen. "We love the EU. Let's fix it!" lautet ein frühes, aber aktuelles Motto von Volt. Denn die europäische Demokratie ist gehemmt von einem zu großen Einfluss der Interessen einzelner Mitgliedsstaaten, einem zu schwach konzipierten Parlament, das keine eigenen Entwürfe einbringen darf, und Parteien, die in der Regel nur in losen Parteibündnissen auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Diese Aspekte müssen reformiert werden, wenn wir die EU verbessern wollen.



## Europa leben

Wir sind nicht nur Partei, sondern auch Bewegung. Als solche wollen wir zeigen, was es bedeutet, sich als Europäer\*innen zu fühlen, und dabei andere mitnehmen. Letztendlich hat das für uns auch politische Auswirkungen: Denn wenn wir uns heute überlegen würden, in ein anderes Land in Europa zu ziehen, dann wüssten wir schon, was wir wählen: Volt. Denn mit einheitlichen europäischen Grundsatz- und Wahlprogrammen ist auch auf unteren Ebenen das gleiche drin. Mit anderen Voraussetzungen und nicht im Detail. Aber die Ideen, Ziele und Werte stimmen überein. Über dieses gemeinsame Verständnis sind wir hier in Köln den Volter\*innen in Sofia genauso nah wie den Volter\*innen in Amsterdam. Grundsätzlich schauen wir gerne über den eigenen Tellerrand hinaus. Gute Ideen gibt es überall: Wir wollen davon lernen und selber besser werden. In Köln bedeutet das, dass wir uns vielleicht etwas aus Wien, Kopenhagen oder Bottrop abschauen wollen.

Als europäische Partei und Bewegung leben wir den Austausch: Wir nutzen eine gemeinsame Plattform, um uns zu vernetzen, veranstalten digitale Konferenzen, um Wissen auszutauschen, oder treffen uns (in normalen Zeiten sehr gerne) für europäische Parteitage. Wir fiebern mit, wenn die niederländischen Volter\*innen dabei sind, ins Parlament zu ziehen und unterstützen auch direkt: digital oder gar im Straßenwahlkampf. Und wir lernen gemeinsam aus diesen Erfahrungen.

Viel davon liegt sicher daran, dass wir eine junge Partei sind. Viele unserer Mitglieder sind mit offenen Grenzen groß geworden und oft im Ausland unterwegs gewesen. Uns vereint die tiefe Überzeugung, dass wir gemeinsam stärker sind und zusammen mehr bewegen können. Darum lautet unser Ansatz: Wir bestärken Menschen, Politik zu verändern und das Potenzial Europas gemeinsam zu entfalten.

// Von **Rebekka Müller** und **Tobias Berger**  
Müller ist und Berger war City Lead von Volt Köln.

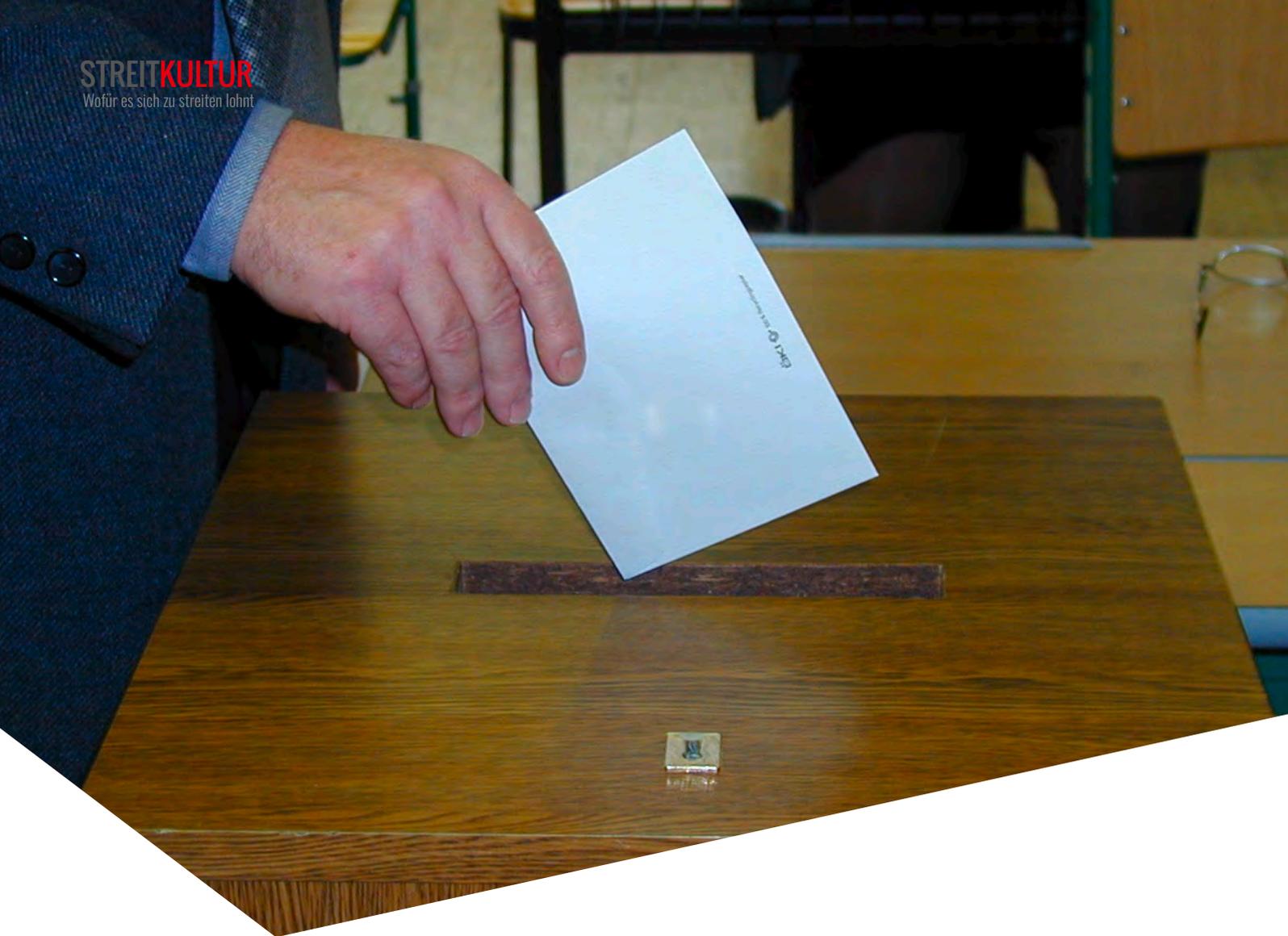
Wie kann es sein, dass ein einzelner Staat die ganze EU in Atem hält, weil er doch mehr Impfstoffe möchte als ausgemacht wurde? Oder dass ein Haushalt nicht verabschiedet wird, weil einzelne Länder rechtsstaatliche Prinzipien nicht anerkennen wollen? Es ist kaum erklärbar, dass von zwei im Wahlkampf verkündeten, aussichtsreichen Kandidat\*innen für die Position der Präsident\*in der Europäischen Kommission es keine von beiden – und stattdessen eine dritte aus dem Hut gezaubert wird. Wieso, und hier wird es zugegebenermaßen etwas persönlich, darf Volt keine europäische Partei sein, obwohl wir es längst sind? Da es uns auch in Staaten außerhalb der EU gibt, wird es aller Voraussicht nach noch lange dauern, bis wir auch formal wirklich eine Partei sind. Und bis dahin zeigen wir sehr gerne, warum das so relevant ist. Parteien sind eine der wichtigsten Institutionen in unserem politischen System. Sie prägen unsere Entscheidungen und Gesetze und schlagen den Wähler\*innen Personen vor, die Verantwortung übernehmen sollen. Wenn in der DNA von Parteien Europa nicht drinsteckt, wie soll dann erfolgreiche europäische Politik umgesetzt werden?

Konkret möchten wir die Notwendigkeit von Einstimmigkeit in der EU abschaffen, sodass eine Blockade durch einzelne Staaten verhindert wird. Wir möchten das Europäische Par-

lament stärken und ihm ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge geben. Der Europäische Rat soll bestehen bleiben, jedoch gegenüber dem Parlament, als direkt von der Bevölkerung gewählte Institution, seine Vorteilsposition abgeben. Ein so gestärktes Parlament, das die Werte der europäischen Idee umsetzt, könnte endlich ein Gegengewicht zu den Interessen der Nationalstaaten bilden und das Sterben auf dem Mittelmeer und die unmenschliche Situation in Lagern an den EU-Außengrenzen beenden.

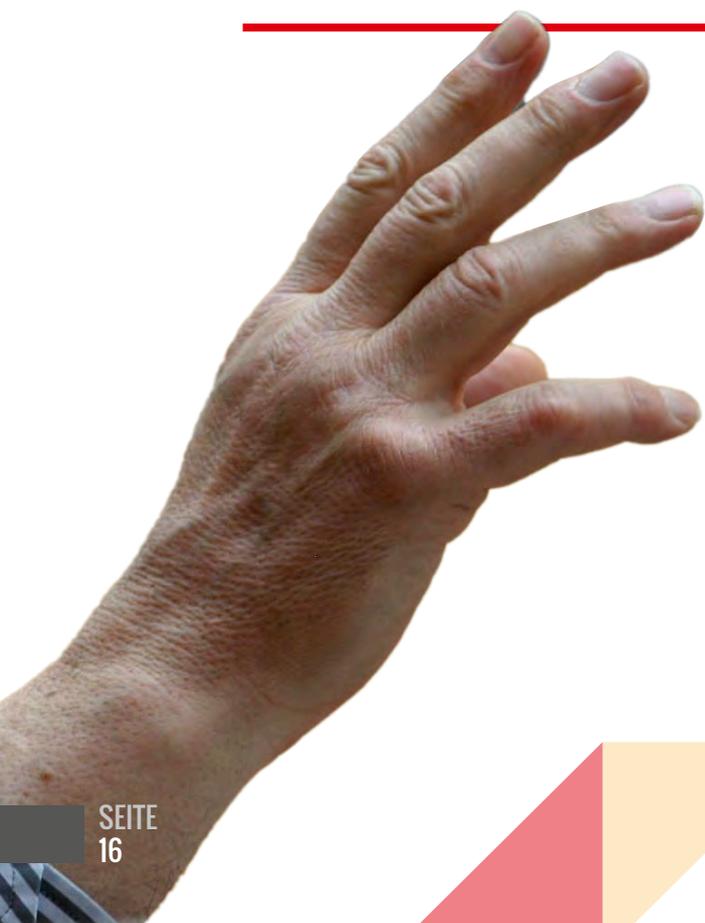
Wir streben eine europäische Föderation an, die sich aber dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet: Die politischen Themen müssen dort behandelt werden, wo dies am besten möglich ist. Wir wollen keinen zentralistischen Staat. Wir handeln auf allen Ebenen: europäisch, national und lokal. Denn europäische Politik muss immer auch lokal umgesetzt werden.

Uns ist völlig bewusst, dass wir uns hier keine einfache Aufgabe ausgesucht haben. Die EU zu reformieren, geschieht nicht von heute auf morgen. Aber getrieben von der Gewissheit, dass wir alle anderen Themen nur im Verbund lösen werden, bleiben wir motiviert. Denn der Ansatz der EU ist der richtige: Er beinhaltet den Abbau von Grenzen, eine stärkere Zusammenarbeit und demokratisch-freiheitliche Werte.



## Vom Erstwähler zum Erstwahlhelfer

---



Ob Bundestagswahl, Landtagswahl oder Europawahl – keine Wahl kommt ohne sie aus: Die Rede ist von Wahlhelfer\*innen. Am Wahltag betreuen sie die zahlreichen Wahllokale, sorgen für einen reibungslosen Ablauf und zählen am Ende des Tages die abgegebenen Stimmen aus. Bei der Bundestagswahl 2017 waren deutschlandweit über eine halbe Million Menschen im Einsatz. Wahlhelfer\*innen machen das ehrenamtlich und häufig auch schon seit vielen Jahren. Einmal Wahlhelfer\*in, immer Wahlhelfer\*in – so scheint es oft.

Die Suche nach Wahlhelfer\*innen beginnt in der Regel schon einige Monate, bevor eine Wahl stattfindet, und gestaltet sich nicht immer einfach. Manche Kommunen haben überhaupt keine Probleme, ausreichend Freiwillige für das Wahllokal zu finden. Andernorts müssen hingegen ein paar Tage vor der Wahl Verwaltungsmitarbeitende freundlich gebeten werden, sich doch einen Ruck zu geben. Ohne Wahlhelfer\*innen lässt sich schließlich keine Wahl durchführen.

Dieser Umstand hat vor einigen Jahren den Verein Mehr Demokratie dazu bewogen, die **Aktion Wahlhelfer** ins Leben zu rufen. Mit der **Aktion Wahlhelfer** unterstützt der Verein Kommunen bei der Suche nach Wahlhelfer\*innen. Was als einmalige Aktion begann, ist inzwischen zum festen Bestandteil des Aktivitäten-Portfolios des Vereins geworden, der sich in erster Linie mit den Themen direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung befasst.

Erstmals durchgeführt wurde die **Aktion Wahlhelfer** im Jahr 2009 – einem Jahr, das man heute als Superwahljahr bezeichnen würde. Gleich drei Wahlen fanden in diesem Jahr statt: die nordrhein-westfälische Kommunalwahl, die Bundestagswahl und die Europawahl. Mehr Demokratie warb per Pressemitteilung und auf seiner Internetseite für eine Wahlhelfer\*innentätigkeit. Interessierte konnten sich an den Verein wenden, und dieser übermittelte die Anfragen dann an die entsprechenden Wahlämter. Dort freute man sich über die erwartete Hilfe!

Funfact: Wahlhelfer\*in kann grundsätzlich jede\*r werden. Es braucht dafür keine besonderen Qualifikationen oder Vorkenntnisse. Die nötigen Informationen erhalten die Freiwilligen vorab. Lediglich wahlberechtigt zur entsprechenden Wahl muss man sein. Da aber im Jahr 2009 auf drei unterschiedlichen Ebenen gewählt wurde, galten auch drei Mal unterschiedliche Regelungen mit Blick auf die Wahlberechtigung.

Bei der Europawahl waren alle Deutschen sowie EU-Bürger\*innen wahlberechtigt, die das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Das Gleiche galt für die nordrhein-westfälische Kommunalwahl, nur, dass bei dieser bereits am dem 16. Lebensjahr gewählt werden durfte. Bei der Bundestagswahl schließlich sind lediglich deutsche Staatsbürger ab dem 18. Lebensjahr wahlberechtigt. Hätte ja nur noch eine Landtagswahl gefehlt.

Und mit der ging es dann im Jahr 2010 weiter. Der Auftakt der **Aktion Wahlhelfer** stieß auf so positive Resonanz bei Bürger\*innen wie Wahlämtern, dass sich Mehr Demokratie dazu entschied, die Aktion auch bei der folgenden

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Zahlreiche weitere Wahlen folgten bis heute und unterm Strich konnten so mehrere Tausend Freiwillige für den Einsatz im Wahllokal vermittelt werden.

Besonders erfreulich ist, dass sich in den letzten Jahren auch immer mehr jüngere Menschen bei Mehr Demokratie als Wahlhelfer\*in meldeten. Immerhin kann eine Tätigkeit als Wahlhelfer\*in schon früh ein positives Demokratieerlebnis und eine engere Verbindung zu unserem demokratischen System schaffen. Und die Erfahrung zeigt, wer einmal anfängt zu wählen, sich zu beteiligen, sich ehrenamtlich zu engagieren, macht das mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft.

Wie in so vielen Bereichen unseres Lebens, hat Corona übrigens auch in Sachen Wahlhelfer\*innen neue Herausforderungen geschaffen bzw. offengelegt. Viele der ehrenamtlichen Helfer\*innen im Wahllokal sind schon etwas lebenserfahrener. Bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl 2020 führte dieser Umstand dazu, dass zahlreiche potenzielle Wahlhelfer\*innen zu Risikogruppen gehörten und deshalb verständlicherweise auf einen Einsatz als Wahlhelfer\*in verzichteten. Gut, dass es dann auch junge Menschen gab, die frühzeitig angesprochen wurden und einspringen konnten.

Darauf aufbauend findet in diesem Jahr eine Weiterentwicklung unserer **Aktion Wahlhelfer** statt. Ging es uns anfangs und über lange Jahre darum, möglichst viele Menschen als Wahlhelfer\*innen an Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu vermitteln, wollen wir nun unseren Fokus neu setzen. Großen Bedarf sehen wir nämlich bei jungen Erwachsenen und hier insbesondere bei jenen aus eher politikfernen Haushalten. Entscheiden sich diese doch wesentlich seltener für einen Einsatz als Wahlhelfer\*in. Deshalb schlossen wir uns zur Bundestagswahl 2021 der **Initiative Erstwahlhelfer** des Hamburger Vereins Haus Rissen an.

Die **Initiative Erstwahlhelfer** hat es sich zum Ziel gesetzt, Wahlhelfer\*innen nicht nur zu vermitteln, sondern gleich auch noch entsprechend auszubilden. Im Rahmen von zweitägi-

gen Seminaren bereiten die Kooperationspartner der Initiative junge Menschen zwischen 18 und 27 umfassend auf ihren Einsatz als Wahlhelfer\*in bei der Bundestagswahl vor. Denn klar, die nötigen Informationen für eine Wahlhelfer\*innentätigkeit erhält man im Idealfall auch vorab in den Kommunen. Das klappt aber nicht immer optimal und stellt gerade für junge Menschen, die vielleicht zum ersten Mal überhaupt wählen dürfen, häufig eine zu hohe Hürde dar, um sich auch als Wahlhelfer\*in zu melden. Das wollen wir ändern!

In sieben Bundesländern ist die **Initiative Erstwahlhelfer** in diesem Jahr vertreten. Zu den Kooperationspartnern in Nordrhein-Westfalen gehören neben **Mehr Demokratie** das **Willi-Eichler-Bildungswerk**, das **Heinz-Kühn-Bildungswerk**, die **Akademie Biggensee**, die **Auslandsgesellschaft** sowie das **aktuelle forum**. Diese boten Ende August, Anfang September zweitägige Ausbildungsseminare für junge Wahlhelfer\*innen an.

Für die Wahlhelfer\*innen entstehen für die Ausbildungsseminare natürlich keine Kosten. Im Gegenteil, für den Einsatz im Wahllokal gibt es von den Kommunen als kleines Dankeschön ein sogenanntes Erfrischungsgeld in Höhe von 50-100 Euro. Viel wichtiger bei der **Initiative Erstwahlhelfer** ist jedoch, dass die Teilnehmenden gut auf ihr Engagement als Wahlhelfer\*in vorbereitet werden, sich als wichtigen Teil unserer Demokratie begreifen und einen spannenden Blick hinter die Kulissen einer Wahl bekommen. Und im Idealfall sind sie dann bei der nächsten Wahl auch wieder dabei – denn die kommt schon 2022.



// Von Achim Wölfel  
Wölfel leitet das Landesbüro Nordrhein-Westfalen von Mehr Demokratie e. V.

# Die Demokratiewerkstatt des Willi-Eichler-Bildungswerks in Köln-Kalk

## Ein Projekt in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

### Das Projekt

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen verfolgen wir das Ziel, die Menschen im Quartier Köln-Kalk als Multiplikator\*innen politischer Bildungsarbeit zu gewinnen und sie zu ermutigen, an politischen und kommunalen Beteiligungsprozessen teilzunehmen. Ein weiteres Projektziel ist, die entstandenen Begegnungsräume zu stärken und die Entstehung neuer Begegnungsräume zu fördern.

Zielgruppen sind Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft, die bis dato wenig an politischen Prozessen teilgenommen haben und/oder über geringe Kenntnisse verfügen. Des Weiteren sollen schon politisch Aktive mit Menschen in Kontakt kommen, die benachteiligt sind, um ihnen die Prozesse näherzubringen. Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sollen durch die Projektarbeit gefördert werden.

In Köln-Kalk gibt es eine Vielzahl an ehrenamtlichen und gemeinnützigen Organisationen und Initiativen, die sich für das Quartier stark machen. Der Fokus der Umsetzung der Demokratiewerkstatt liegt vor allem in der Kooperation mit Initiativen, da diese in den Stadtteilen verankert sind und bereits über einen guten Zugang zu den Bürger\*innen verfügen. Kooperationspartner im Rahmen des Projektes „Das Rote Sofa“ sind der Veedel e. V., die Sozialraumkoordination, die Caritas Köln, das Integrationshaus e. V. und das Bürgerhaus Kalk. Die Demokratiewerkstatt hat zum Beispiel das Integrationshaus beim Projekt „Köln-Kalk 100%“ unterstützt. Im Rahmen dieses Projekts wurden unterschiedliche Aktionen durchgeführt, um in erster Linie die Wahlbeteiligung im Stadtteil zu

erhöhen. Darüber hinaus lebe ich als Projektmitarbeiter selbst im Viertel und verfüge dort über gute persönliche Netzwerke.

Unsere Arbeit im Quartier wurde und wird noch durch das Corona-Virus stark beeinträchtigt. Fast alle für 2020 und im Frühjahr 2021 geplanten Termine konnten nicht stattfinden. Lediglich ein Termin zum „Tag der offenen Gesellschaft“ im Juni 2020 auf dem Ottmar-Pohl-Platz wurde absolviert.

### „Das Rote Sofa“

Wegen der Pandemie war es uns wichtig, mit unseren Kooperationspartnern nach Alternativen zu suchen. Sobald es die Lockerung der Infektionsschutzmaßnahmen zulässt, soll das „Rote Sofa“ wieder an unterschiedliche Orte ziehen. Eine Möglichkeit der inhaltlichen Begleitung ist 2021 unter anderem das Thema Bundestagswahl.

Die Idee eines digitalen „Roten Sofas“ entstand, mit dem Fokus auf die Kommunalwahl 2020 eine Vermittlungsfunktion zwischen den Menschen in Köln-Kalk und deren zukünftiger Vertretung im Stadtteil einzunehmen. Wir möchten die Bedarfe und Anliegen der Bürger\*innen an die Bezirksvertretung des Stadtteils weitergeben. Dementsprechend sind wir auf ein digitales Sofa umgestiegen und haben uns mit einem Kameramann an fünf Terminen auf den Weg gemacht, um Menschen auf der Straße, in Parks und auch an ihren Fenstern die Frage zu stellen: „Was würden Sie tun, wenn Sie Bürgermeister\*in von Kalk wären?“ Die Antworten wurden entweder direkt gefilmt oder auf einer entsprechenden Karte (siehe Anhang) aufgeschrieben, die man/frau auch mit nach Haus nehmen und nach dem Ausfüllen per E-Mail oder über Rückmelde-

boxen, die wir bei unseren Kooperationspartnern aufgestellt hatten, zurückgespielt werden konnten. Die Ergebnisse wurden schließlich in Videoform zusammengebracht.

Den so entstandenen Film wollten wir uns mit der neugewählten Bezirksvertretung und Menschen aus dem Viertel im November 2020 im Bürgerhaus Kalk anschauen. Im Anschluss sollte ein Diskussionsabend folgen, an dem Politiker\*innen und Bürger\*innen, natürlich unter Wahrung der Abstands- und Hygieneregeln, ins Gespräch kommen sollen. Wegen der neuerlichen Corona-Schutzmaßnahmen musste die Veranstaltung bis auf Weiteres verschoben werden. Trotzdem wollten wir die Mitglieder der Bezirksvertretung im Rahmen Ihrer ersten Sitzung begrüßen und einen Einblick in die Arbeit unseres Projekts geben. Wir haben die Aussagen von Menschen im Viertel in einer Art Notizheft erfasst und an die Vertreter\*innen weitergereicht, um ihnen Impulse für die neue Wahlperiode zu geben. Auch ein Trailer zum Film wurde erstellt und als QR-Code auf das Notizheft gesetzt. Den audiovisuell-digitalen Ansatz finden wir in diesen Zeiten gut und wichtig und möchten ihn weiterverfolgen.

Im April 2021 kamen wir im Rahmen des „Roten Sofas“ zu der Auffassung, die geplante Sitzung zunächst im digitalen, kleinen Rahmen zu veranstalten, um den Film der Bezirksvertretung zu präsentieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu diskutieren. Im Herbst soll eine analoge Veranstaltung stattfinden mit Bürger\*innen aus dem Viertel - mit dem Ziel, Politik und Bürgerschaft zusammenzubringen. Der Film ist mittlerweile auch auf unseren Social Media-Kanälen zu finden, beispielsweise unter



<https://www.youtube.com/watch?v=5pavdVAKKdI>

## „Köln, das will ich Dir sagen...“

Seit Anfang des Jahres 2021 betreiben wir im Rahmen der Demokratiewerkstatt gemeinsam mit Philipp Süß ein „Demokratieradio“. Zu „Köln, das will ich Dir sagen... – Das Demokratieradio“ sind grundsätzlich alle Bürger\*innen der Stadt Köln eingeladen, in einem etwa 20-minütigen Gespräch über ihr Leben in Köln zu erzählen. Dabei geht es um folgende Fragen: Was schätzen Sie an der Stadt? Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie? Was würden Sie ändern, wenn sie in Köln das Sagen hätten?

In diesen Gesprächen wollen wir ausloten, wie es um die viel zitierte Stadtkultur in Köln bestellt ist. Dabei sollen möglichst viele unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen, aus allen Altersgruppen, egal ob mit deutschem Pass oder ohne, um ein umfassendes Bild der vielfältigen Lebensformen in unserer Stadt nachzeichnen zu können. Die geführten Gespräche werden auf [www.demokratieradio.de](http://www.demokratieradio.de) veröffentlicht und vierteljährlich in Schriftform an die Parteien im Kölner Stadtrat aufbereitet. Uns ist sehr wichtig, dass diese Gespräche nicht im luftleeren Raum stattfinden und verbleiben, sondern dort gehört werden, wo die Entscheidungen über die Entwicklungen in unserer gemeinsamen Heimatstadt getroffen werden.

Auf [www.demokratieradio.de](http://www.demokratieradio.de) soll eine Plattform entstehen, auf der ein reger, respektvoller Austausch über alle Belange, die die BürgerInnen bewegen, möglich ist. Gerne laden wir auch Sie zum Gespräch ein, wenn Sie zu unterschiedlichen Themen Stellung beziehen wollen. Melden Sie sich bei mir unter [ahmad.zaza@web-koeln.de](mailto:ahmad.zaza@web-koeln.de), um einen gemeinsamen Termin zu verabreden.

// Von Ahmad Zaza

Zaza ist Pädagogischer Mitarbeiter des Willi-Eichler-Bildungswerks.



# Permanenter Bürgerdialog in Ostbelgien

## Eine Initiative des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

### Die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihr Parlament

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens befindet sich im Osten Belgiens, im deutsch-niederländisch-luxemburgischen Grenzgebiet. Die rund 78.000 deutschsprachigen Einwohner sind eine autonome Minderheit und verfügen seit 1973 über ihr eigenes Parlament und eine eigene Regierung mit vier Ministern.<sup>1</sup>

Während in den übrigen Landesteilen Niederländisch oder Französisch gesprochen wird, verwenden die Ostbelgier in ihren Sozialbeziehungen, im Kontakt mit den Verwaltungen, in den Schulen und im Kirchenleben weitgehend die hochdeutsche Standardsprache.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt 25 Abgeordnete und sechs politische Fraktionen. Es verabschiedet Gesetze (sogenannte Dekrete) in den Bereichen, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft zuständig ist, beispielsweise im Bereich der kulturellen Angelegenheiten, in den Bereichen Jugend, Sport, Tourismus, Denkmalschutz, Familie, Gesundheit, Soziales, im Bildungswesen, in der Beschäftigung, Raumordnung und im Wohnungswesen.

### Permanenter Bürgerdialog – Beweggründe und Entstehungsgeschichte

In den vergangenen Jahren hat das Vertrauen in die öffentliche Beschlussfassung offensichtlich gelitten. Der permanente Bürgerdialog in Ostbelgien soll etwas daran ändern: Auf der einen Seite soll die Beteiligung des Bürgers an der Politikgestaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgebaut und dauerhaft etabliert werden. Durch die verstärkte Einbindung der Bürger soll auf der anderen Seite aber auch deren Verständnis für die politischen Entscheidungsprozesse gefördert werden.

Durch die Teilnahme an den Bürgerversammlungen beispielsweise erhalten die Bürger einen tieferen Einblick in die Arbeit eines Politikers: Sie werden nachvollziehen können, was es heißt, sich umfassend zu informieren, Argumente auszutauschen und sich schließlich auf einen Text zu einigen. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass das Vertrauen der Bürger in die öffentliche Beschlussfassung gefestigt wird und somit letztendlich auch die demokratischen Institutionen gestärkt werden.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits im Herbst 2017 getan, als es

einen Bürgerdialog zum Thema „Kinderbetreuung“ organisierte. Bestärkt durch die positiven Echos der Beteiligten entstand die Idee, aus dieser einmaligen Initiative etwas Beständigeres zu machen.

Im Frühjahr 2018 wurde die in der Organisation von Bürgerprozessen erfahrene Gruppierung „G1000“ kontaktiert, um die Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Idee zu erörtern. Im Sommer 2018 trafen sich auf Einladung der „G1000“ und der „Stiftung für zukünftige Generationen“ namhafte belgische und internationale Experten, um nach Gesprächen mit Vertretern der Parlamentsfraktionen ein Modell der permanenten Bürgerbeteiligung auszuarbeiten.

Dieses Modell ist auf den Kontext der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zugeschnitten und ist inzwischen als „Ostbelgien-Modell“ über Belgien hinaus bekannt. Auf dieser Basis arbeitete das Parlament einen Vorschlag für eine gesetzliche Grundlage aus und verabschiedete im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

<sup>1</sup> Bezüglich der geschlechtergerechten Sprache ist es in Belgien unüblich, entsprechende Formulierungen innerhalb des Textes zu verwenden – dies, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten. Gemeint sind im Text immer alle Geschlechter.

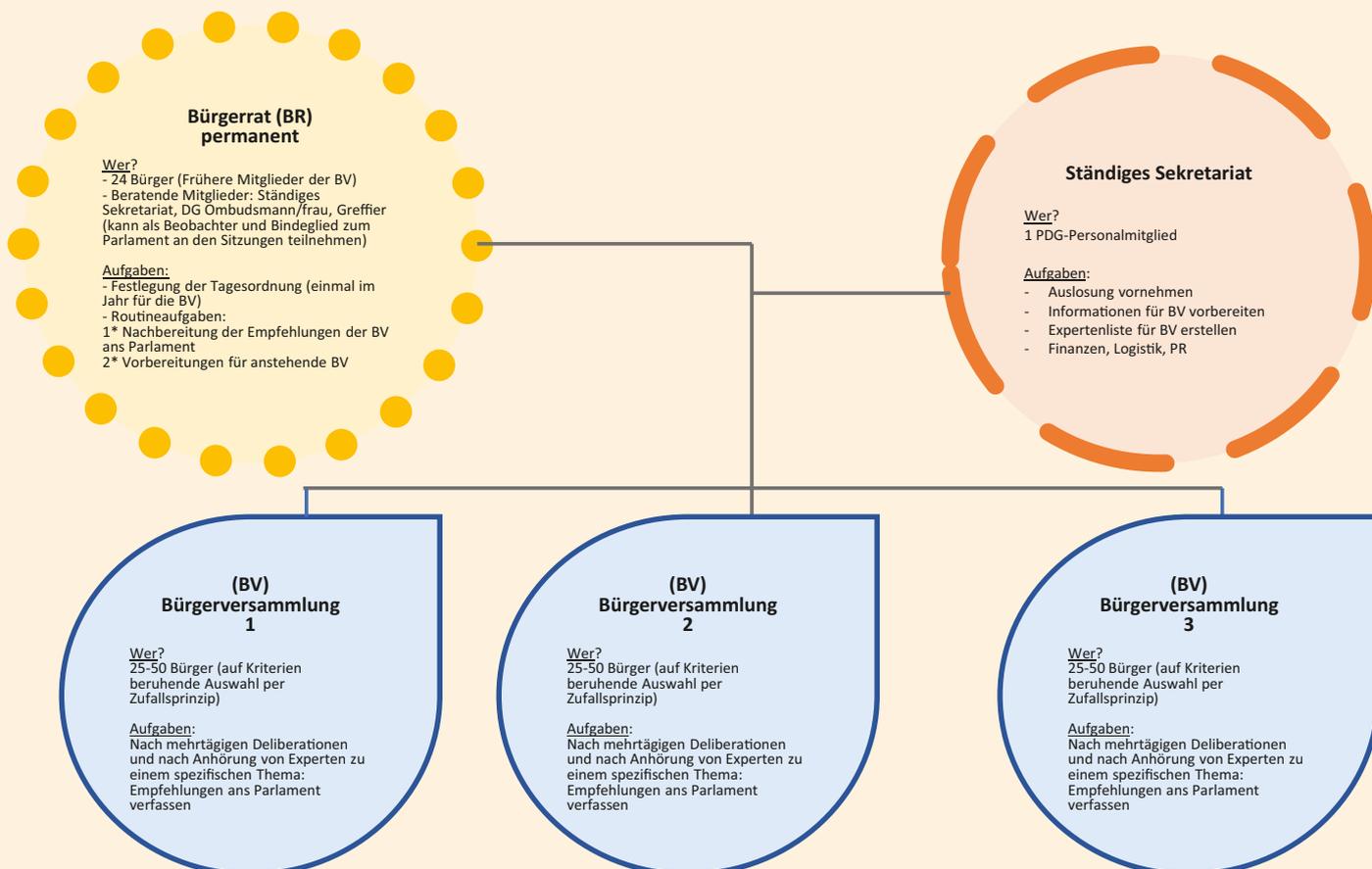
## Grundsätze und Prinzipien

Im permanenten Bürgerdialog sind im Wesentlichen drei Grundsätze verankert: zum Ersten die Beständigkeit des Bürgerdialogs, zum Zweiten die Repräsentativität der Bürgerversammlungen und zum Dritten die Qualität des Deliberationsprozesses.

Die **Beständigkeit** des Bürgerdialogs wird vor allem dadurch erreicht, dass es neben den punktuell tagenden und themenbezogenen Bürgerversammlungen einen ständigen Bürgerrat und ein Ständiges Sekretariat gibt, die nicht nur die Versammlungen vorbereiten, sondern insbesondere auch die Umsetzung der Empfehlungen im Auge behalten.

Die **Repräsentativität** wird dadurch gewährleistet, dass die Auswahl der an den Bürgerversammlungen teilnehmenden Bürger nach dem Zufallsprinzip erfolgt: Und zwar werden die Teilnehmer per Los ausgesucht, wobei die Anwendung gewisser Kriterien wie Alter, Geschlecht, Wohnort und sozio-ökonomischer Hintergrund für einen guten Querschnitt der Bevölkerung sorgt.

Die **Qualität** des Deliberationsprozesses soll vor allem durch eine qualifizierte Moderation, eine ansprechende Information der Bürger und einen transparenten und konstruktiven Austausch mit den Parlamentariern und den Ministern erreicht werden.





## Gremien und Beteiligte

Mitwirkende beim Bürgerdialog sind:

- die **Bürgerversammlung**: Sie kommt punktuell zusammen, diskutiert über die vom Bürgerrat festgelegten Themen und spricht diesbezüglich Empfehlungen an die Politik aus. Sie setzt sich aus 25 bis 50 Bürgern zusammen, die per Los ausgewählt werden;
- der **Bürgerrat**: Er organisiert die Bürgerversammlung, bestimmt das jeweilige Diskussionsthema und überwacht die Umsetzung der Empfehlungen der Bürgerversammlung durch die Politik. Dazu trifft er sich circa einmal im Monat. Er setzt sich aus 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben. Ein Mandat beträgt 18 Monate; alle 6 Monate wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht;
- das **Ständige Sekretariat**: Es ist Teil der Parlamentsverwaltung und betreut den gesamten Bürgerdialog (tägliche Geschäftsführung, Finanzen, Logistik, Öffentlichkeitsarbeit, Losverfahren, Vorbereitung aller Beschlüsse...);
- das **Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**.

## Themenfindung für die Bürgerversammlung

Jeder Bürger mit Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens kann Themen vorschlagen. Damit diese Vorschläge aber stellvertretend für einen Großteil der Bevölkerung sind und sich nicht nur auf Einzelinteressen beziehen, müssen sie von mindestens 100 Bürgern durch ihre Unterschrift unterstützt werden.

Darüber hinaus können die Fraktionen des Parlaments, die Regierung und die Mitglieder des Bürgerrates selbst Vorschläge unterbreiten.

Einmal jährlich startet der zuständige Bürgerrat einen Aufruf zum Einreichen von Themenvorschlägen und legt die Vorgehensweise dazu mit entsprechenden Regeln selbst fest. Nach Durchsicht aller eingegangenen Vorschläge wählt der Bürgerrat ein oder mehrere Themen für das kommende Kalenderjahr bzw. für anstehende Bürgerversammlungen aus.

## Ablauf des Bürgerdialogs

Der Bürgerrat legt ein oder mehrere Diskussionsthemen fest. Dann kommt die Bürgerversammlung zusammen: Die Teilnehmer informieren sich zuerst zum vom Rat vorgegebenen Thema (u. a. durch Anhörung von Experten) und debattieren anschließend darüber. Nachdem die Diskussionen abgeschlossen sind, formuliert die Bürgerversammlung Empfehlungen an die Politik. Alle Sitzungen werden von einem externen Moderator betreut.

Im zuständigen Parlamentsausschuss werden die Empfehlungen in einer öffentlichen Sitzung diskutiert. Anschließend arbeiten die Parlamentarier und der zuständige Minister eine Stellungnahme aus und stellen diese in einer weiteren öffentlichen Sitzung vor. Sie leiten dann die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen ein, mit denen sie sich einverstanden erklärt haben.

Der Bürgerrat verfolgt die Umsetzung und kann sich in regelmäßigen Abständen nach dem Stand der Dinge erkundigen. Spätestens ein Jahr später treffen sich die Parlamentarier, der Minister und die Mitglieder der Bürgerversammlung nochmals, um über den Stand der Dinge in Bezug auf die Umsetzung der Empfehlungen zu diskutieren. Diese Sitzung ist erneut öffentlich.

## Zur Verfügung gestellte Mittel

Der Bürgerrat verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan, der dem Parlamentspräsidium zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Nach seiner Genehmigung werden entsprechende Mittel im Haushaltsplan des Parlaments vorgesehen.

Mit den Finanzmitteln werden das Ständige Sekretariat finanziert, die Entschädigungen der Teilnehmer an Bürgerrat und Bürgerversammlungen ausbezahlt und die Organisations- und Logistikkosten, die Öffentlichkeitsarbeit, die Honorare der Experten und Moderatoren, die Kosten für das Losverfahren und Ähnliches bestritten.

Die Höhe dieser Mittel hängt im Wesentlichen von der Anzahl und vom Umfang der Bürgerversammlungen ab.

## Was bisher geschehen ist

Nachdem der erste Bürgerrat im September 2019 eingesetzt worden war, seine Arbeit aufgenommen hatte, das erste Diskussions-thema aussuchen und alle organisatorischen Vorbereitungen treffen konnte, startete im März 2020 die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ Gleich nach der ersten Sitzung musste der Prozess jedoch aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie unterbrochen werden. Im September 2020 konnten schließlich die Folgesitzungen stattfinden, sodass zum Jahresende die fertigen Bürgerempfehlungen mit den politisch Verantwortlichen diskutiert wurden. Zurzeit ist der aktuelle (zweite) Bürgerrat mit der Nachverfolgung der Umsetzung dieser Empfehlungen beschäftigt.

Im März 2021 kam die zweite Bürgerversammlung zusammen – diesmal zum Thema:

„Inklusion macht Schule! Welche Veränderungen brauchen wir im Bildungsbereich, damit Inklusion ein Gewinn für alle wird?“ Weitere Sitzungen finden zurzeit statt, sodass die Bürgerempfehlungen voraussichtlich im Juni 2021 vorgestellt werden können.

## Kontakt

### Anna STUERS

Ständiges Sekretariat  
Permanenter Bürgerdialog in Ostbelgien  
Parlament der Deutschsprachigen  
Gemeinschaft Belgiens

Platz des Parlaments 1, B-4700 Eupen  
+32 (0)87/31 84 22

buergerdialog@pdg.be

 [www.buergerdialog.be](https://www.facebook.com/buergerdialog.be)

<https://www.facebook.com/buergerdialog.ostbelgien/>

## Fazit

Auswertungen der ersten Bürgerversammlung haben ergeben, dass das Vertrauen der Teilnehmer in die Politik im Laufe des Prozesses tatsächlich gestärkt wurde. Und auch die ersten Bürgerempfehlungen zeigen deutlich: Die Bürger sind durchaus in der Lage – mit Hilfe von Expertenanhörungen und moderierten Debatten – konkrete Handlungsempfehlungen zu komplexen Themen auszuarbeiten.

**Bürger**, die nicht unter dem Druck stehen, wiedergewählt werden zu wollen, und die frei von parteipolitischen Zwängen sind, **können unkonventionelle und kreative Lösungen finden und damit einen wertvollen Beitrag zur Demokratie leisten.**

Das „Ostbelgien-Modell“ des Bürgerdialogs zeichnet sich durch den permanenten Charakter und durch die gesetzlich festgelegte Vorgehensweise zur Nachverfolgung der Umsetzung der Bürgerempfehlungen aus. Auch die Tatsache, dass die Initiative zur Bürgerbeteiligung von der Politik ausging, die Diskussionsthemen aber von den Bürgern selbst ausgewählt werden, ist eine Besonderheit.

Allerdings ist noch kein Zyklus des Bürgerdialogs in Ostbelgien gänzlich abgeschlossen. Die Umsetzung der ersten Bürgerempfehlungen und die damit verbundene Nachverfolgung durch den Bürgerrat läuft noch. Dies macht allgemeingültige Schlussfolgerungen schwierig.

Wie sich dieses theoretische Modell also im Praxistest bewährt, muss – nach Abschluss mehrerer Zyklen – erst noch ausgewertet werden.

Bis dahin bleibt das Ziel, das Verständnis für politische Entscheidungsprozesse beim Bürger zu verbessern, sicherlich wichtig, um die heutige Demokratie zu stärken. **In jedem Fall aber kann Bürgerbeteiligung in diesem Format der Politik als Kompass dienen. Denn Themenvorschläge und Handlungsempfehlungen zeigen, was den Bürgern wirklich wichtig ist.**



Johannes Hillje  
PROPAGANDA 4.0  
Wie rechte Populisten  
unsere Demokratie angreifen

192 Seiten  
Broschur: 18,00 Euro  
ISBN 978-3-8012-0509-6

eBook: 15,99 Euro  
ISBN 978-3-8012-7039-1

In den ersten vier Jahren der AfD im Bundestag ist klar geworden: Rechtspopulisten mä-  
ßigen sich nicht im Parlament, sie machen ihre Propaganda mit den Ressourcen des Par-  
laments noch effektiver. Die AfD ist die erste digitale Propagandapartei in Deutschland.  
Der Kommunikationsexperte Johannes Hillje analysiert ihre Strategie, bilanziert ihre erste  
Legislaturperiode in der Herzkammer der Demokratie und skizziert Gegenstrategien.

Die Propaganda 4.0 der Rechtsaußen-Partei zielt einerseits darauf ab, das Sag- und Mach-  
bare in der Mehrheitsgesellschaft zu verändern, und andererseits darauf, eine radikal  
rechte »Desinformationsgesellschaft« in der eigenen Echokammer zu schaffen. Das Par-  
lament wird zur Bühne für Inszenierungen und Diskriminierungen, die Gesellschaft wird  
polarisiert und die Debatte in den sozialen Medien manipuliert – mit schwerwiegenden  
Folgen für die Demokratie.